



WIR
WÜNSCHEN
ALLEN
LESERINNEN
UND LESERN
FROHE
OSTERN!

Aus der Fraktion

Wie geschützt sind Rheinbergs Bäume?

Was besagt die Baumschutzsatzung der Stadt Rheinberg? Diese, so könnte man vorschnell meinen, ist dafür gedacht, Bäume zu schützen. Dies aber erweist sich als Irrtum, schaut man auf das Bebauungsplangebiet 12 in Budberg (und nicht nur dorthin).

Aber von Anfang an: Das Bebauungsplangebiet 12 liegt im westlichen Teil von Budberg zwischen der Rheinberger Straße und der Von-Büllingen-Straße. Dort wurde die Bebauung gegen die Stimmen der GRÜNEN mehrheitlich beschlossen.

Die GRÜNEN hatten viele Bedenken gegen die Bebauung: Ein Areal mit noch naturbelassenem, typisch niederrheinischem Charakter würde vernichtet werden – zudem liegt das Gebiet in einer natürlichen Senke, was Probleme mit dem Hochwasserschutz bereitet. Damit verbunden ist auch das Abpumpen von Regenwasser ein Problem (wir erinnern uns an das Starkregenereignis in Budberg im Frühjahr 2014). Dennoch stimmten die großen Fraktionen dem Bebauungsplan zu. Daher wurden in diesem Winter die ersten Erschließungsmaßnahmen durchgeführt und Bäume gefällt, um Platz für die Grundstücke zu schaffen. Wer an dem Gebiet vorbeikam, konnte sehen, wie eine naturgewachsene Fläche der Versiegelung zum Opfer fällt.

Doch dabei sollte es nicht bleiben. Aufmerksame Bürgerinnen und Bürger kamen Mitte Februar auf unsere Fraktion zu und berichteten uns, dass die große, alte Eiche am Rand des Gebietes einen roten Punkt aufweist: Sie sollte auch gefällt werden. Dabei war die Eiche in den Plänen stets als zu erhaltener Baum eingezeichnet gewesen. Der vom Rat verabschiedete B-Plan 12 hat diesen Baum als schützenswert eingestuft. Schützenswert heißt eigentlich: Soll stehen bleiben – der Baum ist durch die Baumschutzsatzung geschützt.



Die Eiche in Budberg:
links vor der Fällung, rechts Herr Leo Hansen mit dem entwurzelten Baumstumpf!



Fotos: U. Kleintges

Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger bewirkte ein großes Presseecho und auch eine Behandlung im Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss. Dort trug eine Budberger Bürgerin ihr Anliegen vor, den Baum zu erhalten. Die GRÜNE Fraktion hinterfragte, ob das Gebiet nicht von Anfang an hätte anders geplant werden müssen, damit der Baum stehen bleiben kann und ob sich dies mit einem anderen Zuschnitt der Grundstücke noch reparieren ließe. Dies hat die Verwaltung jedoch verneint. Daher haben wir einen Dringlichkeitsantrag gestellt, um die Fällung des Baumes auszusetzen und gänzlich darauf zu verzichten. Dafür erhielten wir leider keine Unterstützung von CDU oder SPD.

Wir meinen: Hier liegt ein grober Planungsfehler vor. Dies sollte aus unserer Sicht aber nicht zu Lasten der Natur gehen. Wenn in Rheinberg geplant wird nach dem Motto: Wir schützen Bäume in Plänen, aber im Zweifel fällen wir die Bäume doch – die Baumschutzsatzung erlaubt es uns ja – dann ist das eine Farce. Rheinberg rühmt sich wegen seiner intensiven Klimaschutzmaßnahmen. Ohne Zweifel tut Rheinberg dort sehr viel. Aber es trübt das Bild sehr, wenn auf der anderen Seite Naturflächen und Naturgüter behandelt werden, als seien sie bloß Hinderungsobjekte beim Bau von Wohnflächen, allenfalls gut für ein möglichst gleichartiges Stadtbild (die kastenförmigen Linden am Markt lassen grüßen).

Der jetzt in Budberg gefällte Baum ist über Jahrzehnte nicht zu ersetzen – auch nicht durch die 4 hochstämmigen Ersatzbäume, die nun gepflanzt werden sollen.

Abgewandelt könnte ein bekannter Satz so lauten: „Erst wenn der letzte Baum gefällt ist, werden die Verwaltung und die anderen Fraktionen feststellen, dass man Bebauungspläne nicht essen kann.“

Bei den Haushaltsanträgen konnte die GRÜNE Fraktion nahezu eine Verdoppelung des Ansatzes für Baumpflanzungen durchsetzen (40.000 statt 22.000 Euro). Zur Erinnerung: Rheinberg ist in NRW die waldärmste Kommune.



Ratsmitglied
Simon Thölke
kämpft für einen
besseren Schutz
der Bäume
in Rheinberg

Umbaupläne an der Messe Niederrhein

Die Eigentümerin der Messe Niederrhein beabsichtigt, die vorhandenen Hallen abzureißen und auf dem Gelände drei parallel angeordnete Hallenriegel unterschiedlicher Größe neu zu bauen. Vorgesehen sind neben der Messe auch gewerbliche Nutzungen.

Bei einer Neubebauung des Areals müssen einige Dinge unbedingt beachtet werden:

- Wie soll der südlichste Gebäuderiegel aussehen? Ein massiver Block mit einer Höhe von bis zu 15 m ist inakzeptabel. Für die direkt davon betroffenen Anwohner*innen wäre das eine Zumutung hinsichtlich Verschattung und Ästhetik.
- Welcher Lärm entsteht durch Gewerbe und Messebetrieb? Wie wirkt sich das auf die angrenzende Wohnbebauung aus?
- Welcher Lärm entsteht durch wieviel zu erwartenden (LKW-)Verkehr? Und wohin wird der Verkehr abfließen? Die Hoffnung, durch bauliche Maßnahmen ein Linksabbiegen Richtung Autobahnabfahrt zu erzwingen, halten wir für trügerisch. Auch Millingen könnte dann wieder betroffen sein.

Wir haben im Bauausschuss gefordert, einen Maßnahmenkatalog zu erstellen, in dem alle von der Politik gewünschten Vorgaben für das Bauvorhaben aufgelistet werden sollen. Eine neue Bebauung muss in jedem Fall für die Anwohner*innen im unmittelbaren und mittelbaren Umfeld verträglich sein.

Das Pfeifen der Züge: Was lange nervt wird endlich leiser ...

Es war ein langer, mühsamer Weg: Im Herbst 2012 hatten die GRÜNEN die von den NIAG-Zügen lärmgeplagten Vierbaumer und Orsoyerberger zur ersten Versammlung in den Schwarzen Adler geladen. Bald darauf wurde die Bürgerinitiative "NIAG-Bahnlärm" gegründet und ein runder Tisch eingerichtet.

Hier saß die Bürgerinitiative, unter sachkundiger Leitung von Dr. Eva Hellmis, mit der Stadt Rheinberg und der NIAG zusammen und erreichte in hartnäckigen Verhandlungen, dass sich die Situation schrittweise besserte: Eine Gleis-schmieranlage verminderte das Quietschen, ein Verschweißen der Schienen die Rollgeräusche.

Jetzt ist eine weitere große Verbesserung in Sicht: Die Bahnübergänge an der Baerler Straße, am Lohmühler Weg und am Siedlerweg werden so gesichert, dass die Züge nicht mehr pfeifen müssen. Spätestens im Herbst sollen die Bauarbeiten abgeschlossen und die Anlagen in Betrieb sein.



Also Ende gut, alles gut ab Herbst? - Nicht ganz: Es heißt dann zwar etwas ruhigeres Wohnen und Schlafen, aber die Züge fahren noch genau so oft, auch nachts und am Wochenende - auch wenn

die NIAG im eigenen Interesse bemüht ist, möglichst wenige Züge zu diesen Zeiten fahren zu lassen. "Denn", so erzählte NIAG-Chef Giesen im Februar 2017 bei einer Versammlung der Bür-

gerinitiative im Schwarzen Adler, "diese Fahrten sind für die NIAG teuer wegen der Wochenend- und Nachtzuschläge für die Lokführer." Außerdem gibt es leider immer noch keine Lösung für den ungesicherten Viehtrieb Bendstege. Hier werden die Züge vorerst nach wie vor pfeifen müssen.

Also wird die Bürgerinitiative am runden Tisch weiter verhandeln. Zum Beispiel könnte hier ja die Lichtenanlage eingebaut werden, die an der Baerler Straße demnächst abgebaut wird, weil dort eine Schranke hinkommt ...



Sachkundige Bürgerin Luise Theile unterstützt die Bürgerinitiative „NIAG-Bahnlärm“

Integration bedeutet Einbeziehung!

Flüchtlingshilfe in Rheinberg. Müssen wir besser werden?

Wir trafen uns zu zehnt im schmucken Café des Asylbewerberheims am Melkweg. Acht junge Männer: Ziet, Amer, Roni, Mecit, Hussein, Khaled, Ari und Rami, Iraker und Syrer, der Dolmetscher Herr Jussef Jussef und ich. Wir sprachen über die Teilhabe am öffentlichen Leben. Ist es leicht Deutsche kennenzulernen? Gibt es persönliche Ziele?



Von rechts nach links: Mecit, Hussein, Ari, Roni, Khaled, Amer, Rami, Ziet, Herr Jussef.

Ziel der Flüchtlingshilfe könnte (sollte) sein, dass sich vormals fremde Menschen mittelfristig heimisch, sicher und wohl in Rheinberg fühlen. Dabei ist der wichtigste Integrations-schritt das Erlernen der deutschen Sprache. Alle Investitionen müssen zunächst und schnellstens hier ansetzen. Ohne sprachliches Verständnis kann es keine Einbeziehung geben.

Wie und wo beziehen wir Flüchtlinge in das Rheinberger Leben ein?

Nur zwei der jungen Männer, Mecit und Hussein, konnten von selbständigen Kontakten berichten. Beide haben eine Wohnung abseits der Sammelunterkünfte und besuchen eine weiterführende Schule; offenbar günstige Kennenlern-Faktoren. Ari, der jüngste Teilnehmer, erzählte dagegen, er besuche zwar die Europaschule und sitze mit deutschen Jugendlichen im Klassenraum. Kontakte oder Freundschaften mit Deutschen: Fehl-anzeige. In der Pause und der Freizeit halte er sich in der arabischen Gruppe auf, dort sei man unter sich. Khaled glaubt: Die Deutschen hätten eine unbestimmte Angst vor Flüchtlingen.

Ziet beschreibt seine Gedanken: Die Freiheit sei glückspendend, anders als

im Irak. Vieles sei dort nicht erlaubt. Dort herrsche Krieg, Rassismus und Verfolgung, hier nicht.

Das in den Heimatländern über Jahrhunderte geprägte Frauenbild, so Herr Jussef, verändere sich merklich. Ein Umdenken, hin zur Gleichberechtigung der Geschlechter, sei auf dem richtigen Weg.

Rami warf ein, die Flüchtlingsheime seien Orte der Begegnung. Dort habe er Ehrenamtliche und andere hilfsbereite Bürger kennengelernt. An die Universität möchte er, in Damaskus habe er Jura studiert. Als einziger Nichtdeutscher nahm er vor einigen Tagen am Arbeitskreis Asyl teil.

Alle wollen in Deutschland bleiben. Ziet möchte Maurer werden, wie viele zuvor aus seiner Familie. Amer war Kaufmann in Syrien und will es auch bei uns werden. Bislang ist jedoch keiner berufstätig. Werden hier Chancen vergeben, sich aufeinander zuzubewegen. Gibt es eine taugliche behördliche Arbeitsförderung für Flüchtlinge? Öffentliche Stellen als Moderatoren sollten unmittelbar zum gegenseitigen Verstehen beitragen, so Herr Jussef, die Kluft des Fremdseins sei noch allgegenwärtig und eine große Hürde am Arbeitsmarkt.

Sprache, Wohnung, Schule und Arbeit sind fixe Pluspunkte bei der Integration. Dennoch glaube ich, dass es noch weitere Möglichkeiten gibt, wie wir besser und häufiger mit Flüchtlingen in Kontakt kommen können.

Ich bitte Sie, darüber einmal nachzudenken und uns ihre Ideen auch für den Arbeitskreis Asyl mitzuteilen – (Adresse unserer Grünenseite – wenn nutzbar, wenn nicht, meine Telefonnummer: 0152/056 24 133. Die Sache ist es allemal wert. Vielen Dank!



Sachkundiger Bürger Peter Mokros setzt sich ein für Integration von Flüchtlingen

Verkehrsregulierungen im Kernbereich Rheinbergs.



Bislang ist nicht erkennbar, dass einem der Ziele der Stadtanierung, mit der Ausweisung und Gestaltung von Shared-Space-Bereichen eine Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer herbeizuführen, entsprochen wurde. Weiterhin dominiert der motorisierte Individualverkehr. Um die Interessen aller Verkehrsteilnehmer besser wahrnehmen zu können, erscheint uns eine kritische Bestandsaufnahme dringend geboten.

In Bezug auf die als verkehrsberuhigt ausgewiesenen Bereiche der Orsoyer- und Rheinstraße haben wir nun Fragen an die Verwaltung gerichtet, die sich mit der Einhaltung der Geschwindigkeit, dem Parkverhalten und der Verlagerung des Durchgangsverkehrs auf die Wälle beschäftigen. Zum Hauptausschuss im Juni sollen die Antworten vorliegen.

Baustelle Rheinberg Nord

Es wird eine Dauerbaustelle für mindestens 5 Jahre. Geplant sind mehrere Bauabschnitte bis 2022, aber wie wir die Bauleute kennen, kommt schnell mal ein Jährchen hinzu. Auch wenn der Terminplan eingehalten wird, gibt es in Borth, in Wallach und in Ossenberg in den nächsten Jahren für Mensch und Natur viele Veränderungen.

Im Prinzip sind es viele Einzelbaustellen, aber die haben es in sich:

Grundwasserleitungen und Pumpenanlagen durch die LINEG;

Kanalsanierung in Borth/Wallach durch das TIEFBAUAMT;

naturnaher Gewässer Ausbau von Gräben und dem Altrhein durch die LINEG;

Deicherhöhung durch den Deichverband Duisburg-Xanten;

Gas-Fernleitung durch die ZEELINK;

Ruhehafen Ossenberg durch das WSA Duisburg-Rhein.

Ich will mich hier auf die Gewässerregulierung konzentrieren, aber klar ist aus der Auflistung: Es wird viel Erde bewegt werden müssen. Dafür wird so mancher LKW über die Straßen im Rheinberger Norden fahren. Es wird eine Dauerbau-

stelle mit vielen Beteiligten. Die Landwirtschaft und die Naturflächen werden betroffen sein. Aber manche Belastungen von Bevölkerung, Landwirtschaft und Natur lassen sich womöglich durch eine frühzeitige Koordinierung vermeiden.

Im April 2017 beginnt die LINEG ihre Bauarbeiten für die Grundwasserregulierung in Wallach. In den folgenden Jahren wird sie dann das Grundwasser in Borth und in der Salzsiedlung regulieren. In enger Zusammenarbeit erfolgt die Kanalsanierung durch das Tiefbauamt der Stadt Rheinberg und später der naturnahe Ausbau der Gräben Richtung Norden (Menzelen) durch die LINEG. Die



Bergsenkungen geben einen engen Zeittakt für Ausführung vor.

Wichtig ist für die GRÜNE Fraktion: Die LINEG muss durch ausreichende Maßnahmen sicherstellen, dass alle Keller trocken bleiben und alle Bäume noch genug Wasser zum Überleben haben.

2021 will die LINEG die in der Natur kaum zu erkennende Borthsche Ley von Borth bis zum Rheinberger Altrhein neu ausbauen und aktivieren. Es ist vorgesehen, Wasser aus dem Bereich Borth/Drüpt in südlicher Richtung, etwa entlang der alten Gemeindegrenze Borth/Alpen, abzuleiten, um den Senkungsbe-



Sachkundiger Bürger Gerhard Hage fordert gute Koordinierung bei anstehenden Baumaßnahmen

reich nördlich von Borth zu umgehen. So kann das Wasser 300 Tage im Jahr ohne Pumpen mit natürlichem Gefälle in den Rheinberger Altrhein abfließen. Zusätzlich entstehen um den Wasserlauf neue, naturnahe Grünflächen. Der neue Gewässerlauf wird eine Bereicherung für die Natur, aber die Bauarbeiten werden auch hier die Natur und die Landwirte belasten.

Sie sehen, es kommt viel auf den Rheinberger Norden zu. In Hinblick auf Erdbebewegungen, Verkehr, Flächenbedarf und Ausgleichsmaßnahmen ist die Rheinberger Stadtverwaltung in der Verantwortung für die vorausschauende Koordinierung.

Beeinträchtigungen für die Bürgerinnen und Bürger müssen so gering wie möglich gehalten werden. **Wir werden den Prozess intensiv begleiten!**

Förderprogramm „Gute Schule(n) 2020“

Mehr als 1,4 Millionen Euro über vier Jahre verteilt stellt die rot-GRÜNE Landesregierung allein für unsere Rheinberger Schulen zur Verfügung. Damit knüpft das GRÜNE Schulministerium und die Ministerin Sylvia Löhrmann an die deutliche Steigerung der Investitionen für eine gute Bildung in NRW seit dem Regierungswechsel 2010 an.

Damit werden wir in die Lage versetzt, neben den anstehenden baulichen Maßnahmen auch in das „Innenleben“ der Schulen zu investieren. Vorrangig steht hier dringend die Erneuerung und Erweiterung der IT-Infrastruktur an.

Wir sind in Rheinberg mit der Schullandschaft im Vergleich zu vielen anderen Kommunen bestens gerüstet, weil wir den Kindern alle Schulabschlüsse zum „gewünschten“ Lerntempo anbieten können. Dafür haben wir GRÜNE uns stark eingesetzt und die Entwicklung vorangetrieben.

Nun liegen uns die Anmeldezahlen für das Schuljahr 2017/2018 vor und wir stellen fest, dass sowohl im Grundschulbereich als auch bei den weiterführenden Schulen alle Schüler*innen einen Platz an der gewünschten Schule erhalten konnten. Wir stellen fest, dass unser G8-Amplonius-Gymnasium von Eltern und Schüler*innen hervorragend angenommen wird.

Zugleich bestätigt sich mit 98 Anmeldungen zur Jahrgangsstufe 11 der Bedarf nach einem G9-Angebot an der Europaschule bis zum Abitur. Zudem wurde die Prognose sogar leicht übertroffen. Damit bestätigt sich die Angemessenheit der Planungen für den Erweiterungsbaubau an der Europaschule!

Wir können es uns nicht leisten, dass Kinder aus sozial benachteiligten Familien nicht die gleichen Bildungschancen bekommen können wie andere. Hier gibt es in Deutschland noch viel Nachholbedarf. Von daher ist die Umsetzung des Inklusionsgedankens für uns folgerichtig und muss weiter verfolgt werden – konsequent, aber auch behutsam. Dazu werden eindeutig mehr Investitionen in die personelle und räumliche Infrastruktur erfolgen. Hier hat das GRÜNE Schulministerium zwar schon ganz erheblich nachgebessert, aber es braucht noch

etwas Geduld, mehr Akzeptanz für die Aufwertung der pädagogischen Tätigkeiten und zusätzliche Mittel, bis die Effekte aus der veränderten Studienordnung, den neuen Fortbildungsangeboten u.a. stärker greifen.

Wir sind allerdings auch davon überzeugt, dass wir auch weiterhin Förder-schulen für Kinder mit besonderen Handicaps benötigen. Gerade angesichts des erschreckenden Erstarkens rechtsextremer Positionen mit rückwärtsge-wandten Modellen von Gesellschaften



Ratsmitglied Dietmar Heyde lobt das Förderprogramm „Gute Schule 2020“.

bei uns wie um uns herum ist eigentlich allen klar, dass die beste Prävention in Bildung, Bildung, Bildung besteht.

Umgestaltung der Momm - alles kein Problem!?

Geradezu malerisch liegt der wie ein unregelmäßiges „U“ gestaltete Baggersee zwischen der Dammstraße und der Momm in der Landschaft nördlich der alten Solvay-Salzbahnstrecke zwischen der Momm und dem Salzschat Borth. Umgeben ist er im Osten von Ackerland, im Süden, Westen und Norden von teilweise nur extensiv genutztem Weideland. Die Halbinsel zwischen den beiden Zungen des Sees und die östliche Uferböschung sind reich mit Pflanzen, Büschen und Bäumen bewachsen – ein für Rheinberg einmaliger, artenreicher, von keinem Weg berührter Naturraum. Von Oktober bis März kann man hier mitunter Tausende arktischer Gänse auf dem Wasser und beim Äsen auf den Weideflächen erleben. Im Sommer ist das Gebiet ein wichtiger Rückzugs- und Brutraum für die heimische Tierwelt.

Genau hier planen die zuständigen Behörden die Umwandlung in Hafenbecken, um im östlichen See bei Abgrabung der östlichen Uferböschung und eines breiten Streifens des angrenzenden Ackerlandes einen „Ruhehafen“ für mehr als 50 Großschiffe mit Anlegebrücken und Krananlagen für PKW o.ä.

anzulegen, natürlich mit Erschließung, Zufahrtsstraße von der Momm her, mit Wendehammer und Parkplatz. Die Ratsmehrheit hat gegen die Stimmen der Grünen der entsprechenden Änderung des Regionalplans zugestimmt, weil keine „grundsätzlichen“ Bedenken bestünden und keine „erheblichen“ Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu erwarten seien, die nicht an anderer Stelle ersetzt oder kompensiert werden könnten.

Natürlich gönnen wir den Rheinschiffen die vorgeschriebenen Ruhezeiten und sehen die Gefahren der Ankerplätze in oder neben der Fahrinne des Rheins. Der Bedarf wird jedoch mittelfristig sinken, weil immer mehr größere Schiffseinheiten mit einem Dreischichten-Fahrbetrieb rund um die Uhr die „Einzelfahrer“ ablösen werden. Und hat man in den letzten Jahren nicht gerade in Duisburg große Hafenflächen zurückgebaut, um gewonnene Flächen lukrativer zu nutzen?

Nicht die letzten Naturreserven opfern.

Und wie denken sich die schlaunen Planer und Umweltgutachter den Ersatz zerstörter

Biotope an anderer Stelle? Wo soll ein vergleichbar großer Ruhe- und Rückzugsraum ohne Störung durch Wege und Verkehr hergestellt werden? Es wird wie so oft schon auf eine rechnerische Kompensation mit oder ohne Ausweisung einer Naturschutzfläche hinauslaufen, um dem gesetzlichen Ausgleichsgebot formal Genüge zu tun. Einen wirklichen Ersatz für verlorenen Boden und für Naturräume wie den an der Momm gibt es nämlich nicht; der wäre zu teuer.

Deshalb handelt man nicht nur in Rheinberg beim Naturschutz nach der Devise: Was weg ist, ist weg! Und damit hat es sich dann leider.



Sachkundiger Bürger Fritz Ettwig sieht für die Momm keinen Ersatz.

Labormobil kommt nach Rheinberg – Umweltschützer untersuchen Brunnenwasser

Das Wasser aus dem eigenen Brunnen stellt beim Gießen und Befüllen des Planschbeckens eine sehr wichtige Alternative zum kostbaren Leitungswasser dar. Bei früheren Messungen hat der VSR-Gewässerschutz jedoch Belastungen im Grundwasser im Raum Rheinberg festgestellt, die zu einer Einschränkung der Nutzung führen. Ein Grund dafür sind die riesigen Mengen an Gülle, die auf die Felder aufgebracht werden.

Ob das selbst geförderte Wasser für das Befüllen des Planschbeckens, zum Gießen, als Tränkwasser für Tiere oder zum Trinken geeignet ist, kann man am Labormobil des VSR-Gewässerschutz erfahren. **Es hält am Mittwoch, den 31. Mai 2017 am Marktplatz in Rheinberg. Wasserproben nehmen die Umweltschützer von 15 bis 17 Uhr am Labormobil entgegen.** Damit die Ergebnisse auch aussagefähig sind, sollten für die Probenahme und Transport Mineralwasserflaschen, die zuvor mehrmals mit dem jeweiligen Brunnenwasser gespült wurden, benutzt werden.

Die Grunduntersuchung auf den Nitrat-, Säure- und Salzgehalt wird gegen eine geringe Kostenbeteiligung von 12 € vor Ort durchgeführt, so dass der Bürger schon gegen Ende der Aktion sein Ergebnis abholen kann. Brunnenbesitzer, die das Wasser auch auf weitere Parameter wie Eisen und Bakterien gegen Kostenbeteiligung untersuchen lassen möchten, bekommen das Ergebnis mit einer Bewertung per Post zugeschickt. Doch keiner wird mit seinen Messwerten allein gelassen. Das Team vom VSR-Gewässerschutz berät, sobald die entsprechenden Messergebnisse vorliegen, ob das Wasser zum Gießen, zum Befüllen des Planschbeckens, zum Waschen oder sogar zum Trinken geeignet ist.

Außerdem beantwortet **Dipl.-Phys. Harald Gülzow**, der Experte zum Thema **Brunnenwasserqualität**, immer freitags zwischen 9 und 12 Uhr Fragen unter der Rufnummer 02831-9763342.

Weitere Informationen über die Brunnenwasseruntersuchungen unter: www.vsr-gewässerschutz.de/analyse



Dipl.-Phys. Harald Gülzow bei einer Probeuntersuchung im Labormobil.

UNSER LANDTAGSKANDIDAT
für Budberg, Eversael, Orsoy, Orsoyerberg, Vierbaum

SVEN KRUPKA

Mein Name ist Sven Krupka, ich wurde 1996 geboren, lebe in Duisburg-Walsum und bin Student der Angewandten Informatik.

Ein Themenbereich, der mir sehr am Herzen liegt, ist die Bildungspolitik. Die Bildungschancen eines Kindes hängen auch heute noch zu einem großen Teil vom Elternhaus ab. Doch gute Bildung ist die Grundlage für ein gutes, selbst-

bestimmtes Leben. Daher sollte jedes Kind die individuell beste Ausbildung erhalten.

Die nachstehenden Vorschläge können unser Bildungssystem zu verbessern:

Inklusion sollte in Zusammenarbeit mit den Lehrer*innen vorangetrieben werden.

Kindern, die neu in unser Land kommen, muss schnellstmöglich Zugang zum Deutschunterricht geboten werden.

Zusätzliche Lehrstellen müssen für Kinder mit Behinderung sowie für Kinder mit direktem Migrationshintergrund bereitgestellt werden.

Die Digitalisierung muss auch in den Schulen ankommen – mit guter IT-Infrastruktur und digitalen Lerneinheiten.

Außerschulische Bildungsstätten wie Sportvereine, Musikschulen, Jugend- und Kulturzentren müssen besser in den Schulalltag eingebunden und finanziell unterstützt werden.



IMPRESSUM

Herausgeber:

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Stadthaus Rheinberg
47495 Rheinberg

Ortsverband Bündnis 90/Die Grünen
c/o Ulla Hausmann-Radau
Grafschafter Straße 3c, 47495 Rheinberg
www.gruene-rheinberg.de

Gestaltung, Satz, Bildbearbeitung und Druck:
TYPOGRAF Frank-Tuschen GbR
Schwalbenweg 14, 47475 Kamp-Lintfort
Ruf 02842/94622

johannes.tuschen@t-online.de, www.typograf-kamp-lintfort.de

UNSER LANDTAGSKANDIDAT
für Rheinberg Mitte, West und Nord

LUKAS ASTER

Wir Grüne wollen die **Landwirtschaft** aus dem Teufelskreis von „Wachsen oder Weichen“ befreien. Wir kämpfen für eine andere Förderpolitik, die mittelständischen Kleinbetrieben wieder eine Perspektive gibt. Dem billigen Massenfleischkonsum und dem Milchpreisverfall setzen wir Regionale Vermarktung mit artgerechter Tierhaltung entgegen. Wir kämpfen gegen die Vergiftung unseres Trinkwassers durch Großbetriebe, die mit Güllemengen Desinfektionsmittel und Antibiotika aufbringen und so Böden und Wasservorkommen zerstören.

Die **Inklusion Benachteiligter** ist kein Privatvergnügen für Lehrer und Erzieher. Denn Ausgrenzung kann jeden von uns treffen: Als Unfallopfer, Alzheimerpatient oder Analphabet. Inklusion betrifft uns alle, in der Familie, am Arbeitsplatz, im Ferienparadies. Inklusion ist eine Haltung, ein Menschenrecht, ohne das unser Land nicht mehr funktionieren wird. Sie beginnt in KiTa und Schule und endet im Hospiz. Inklusion braucht gutes Personal und Geld.

Der **Verkehr** bei uns nimmt immer weiter zu. Lärmteppiche und Feinstaubwolken breiten sich aus und gefährden unsere Gesundheit. Gleichzeitig drohen die Straßen- und Schienenwege unter der wachsenden Last zusammenzubrechen. Sanierung und Beseitigung von Engpässen tut zwar not. Dabei haben aber Sicherheit, Schall- und Emissionsschutz für die Anwohner genauso Vorrang wie der Klimaschutz. Ein weiteres Anwachsen der Auto- und LKW-Verkehre können wir uns nicht mehr erlauben.

Es schlägt die Stunde der umweltschonenden Verkehrsmittel, wenn der Wirtschaftsstandort NRW lebenswert bleiben soll. Die Elektromobilität muss entschiedener gefördert werden. Die Unterfinanzierung der Öffentlichen Verkehrsmittel muss endlich aufhören, fehlende Verbindungen müssen zuverlässig und barrierefrei angeboten werden. Güter gehören aufs Gleis und nicht daneben.

